



Region Trier

Überholspur statt Abstellgleis

Positionspapier

IHK Trier



Handwerkskammer
Trier

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Trier
verantwortlich: Jennifer Schöpf-Holweck, Hauptgeschäftsführerin
www.ihk-trier.de

Handwerkskammer Trier
verantwortlich: Axel Bettendorf, Hauptgeschäftsführer
www.hwk-trier.de

Redaktion



Dr. Matthias Schmitt, Industrie- und Handelskammer Trier
Herzogenbuscher Str. 12, 54292 Trier
[0651 9777-901](tel:06519777901)
schmitt@trier.ihk.de
www.ihk-trier.de



Dr. Matthias Schwalbach, Handwerkskammer Trier
Loebstraße 18, 54292 Trier
[0651 207-352](tel:0651207352)
mschwalbach@hwk-trier.de
www.hwk-trier.de

Unter Mitarbeit von: Alexandra Klar [Daten], Albrecht Ehses, Wilfried Ebel,
Stefan Rommelfanger (alle IHK Trier)

Layout

Stefanie Eltges, Mediendesign
stefanie-eltges@t-online.de

Druck

ensch-media, Trier
www.ensch-media.de

Titelfoto

Das Titelbild zeigt den Industriepark Region Trier in Föhren/Hetzerath.
Foto: Portaflug

Das vorliegende Positionspapier wurde in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des IHK-Ausschusses für Wirtschafts- und Regionalentwicklung sowie der IHK-Vollversammlung erarbeitet. Es wurde am 10.12.2024 durch die Vollversammlungen der IHK Trier und der HWK Trier verabschiedet.

Sofern nicht anders angegeben, stammen die in diesem Bericht referierten regionalen Wirtschaftsdaten aus dem Informationsangebot des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz. Trotz sorgfältiger Bearbeitung können wir für die Richtigkeit der in dieser Publikation referierten Daten und Informationen keine Gewähr übernehmen.

Der besseren Lesbarkeit wegen verwenden wir in diesem Bericht das generische Maskulinum, wobei alle Geschlechter eingeschlossen sind. Ebenfalls zur leichteren Lesbarkeit haben wir Zahlenangaben an verschiedenen Stellen gerundet.

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	4
II.	Regionale Wirtschaftsentwicklung	6
III.	Fachkräfte für die regionale Wirtschaft sichern	10
IV.	Starke Wirtschaft benötigt starke Infrastruktur	12
V.	Resiliente Innenstädte und zukunftsfähiger Handel	15
VI.	Strategien zur Stärkung des Tourismusstandorts entwickeln	18
VII.	Regionale Kooperation stärken	22
VIII.	Unternehmensorientierung der Verwaltung ausbauen	24
IX.	Kommunale Steuer- und Abgabenlast wirksam begrenzen	26
X.	Zehn zentrale Forderungen für einen starken Wirtschaftsstandort Region Trier	27

I. Einleitung

Seit wir die bislang letzte Auflage dieses gemeinsamen Positionspapiers unserer beiden Wirtschaftskammern im Januar 2020 vorgestellt haben, ist die Welt eine andere geworden – und für große Teile der Wirtschaft leider keine bessere. Die 2010er Jahre waren auch in unserer Region von stabilem Wachstum, steigendem Wohlstand, stetigem Beschäftigungsaufbau und sinkender Arbeitslosigkeit geprägt. Die erste Hälfte der aktuellen Dekade ist jedoch vor allem durch Krisen bestimmt, die auch in der hiesigen Unternehmenslandschaft deutlich sichtbare Spuren hinterlassen haben.

Die Corona-Pandemie führte zu lang anhaltenden Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität. Besonders hart waren Beherbergungsbetriebe, Gastronomie, große Teile des Einzelhandels und personenbezogene Dienstleistungsbetriebe betroffen, die schließen mussten oder nur unter strengsten Auflagen ihrer Geschäftstätigkeit nachgehen konnten.

Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine kam es zu einer bisher nie dagewesenen Energiekrise sowie einem massiven Inflationsschub, gepaart mit Zinssteigerungen im Rekordtempo. Reißende Lieferketten, Materialengpässe und zunehmende geopolitische Rivalitäten setzten nun insbesondere dem energieintensiven und exportorientierten verarbeitenden Gewerbe zu.

Darüber hinaus wurden Teile der Region Trier von der verheerenden Flutkatastrophe heimgesucht, die auch in zahlreichen Unternehmen große Schäden anrichtete.

Angesichts dieser multiplen Krisen standen schlimmste wirtschaftliche Verwerfungen zu befürchten. Dass es dazu nicht gekommen ist, ist vor allem dem Innovationsreichtum und der Tatkraft unserer meist mittelständischen Unternehmen aus Industrie, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft zu verdanken.

Aber auch der größte unternehmerische Elan stößt an seine Grenzen, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Dies und die besonders starke Betroffenheit des deutschen Wirtschaftsmodells von den zuvor genannten globalen Trends haben dazu geführt, dass die Wirtschaft in unserem Land und auch in unserer Region seit Jahren nicht mehr richtig Tritt zu fassen vermag. Das Wachstum stagniert, und durchgreifende Besserung ist vorerst leider wohl nicht in Sicht.

Die Arbeitslosigkeit steigt langsam, aber kontinuierlich an. Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen führen zu Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten und Investitionszurückhaltung bei den Unternehmen. Überbordende Bürokratie lastet wie Mehltau auf unserem Mittelstand.

Auch auf regionaler Ebene werden viele Entscheidungen getroffen, die den Unternehmen mehr schaden als nutzen, wichtige wirtschaftsfördernde Maßnahmen bleiben hingegen auf der Strecke. Es fehlt allenthalben an Gewerbe- und Industrieflächen, die regionale Verkehrsinfrastruktur ist teilweise marode, was zu langwierigen Behinderungen durch Baustellen führt. Viele Innenstädte sehen sich zunehmend mit Leerständen konfrontiert, und Unternehmen klagen über langsame und komplizierte Genehmigungsprozesse.

Angesichts der Problemlagen, mit denen sich unsere Betriebe tagtäglich konfrontiert sehen, ist ein „weiter so“ keine Option mehr – es sei denn, man will, dass unsere Wirtschaft endgültig den Anschluss verliert. Die Region liegt beim Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem, dem Standardmaß für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, weit unterhalb des Landes- und Bundesdurchschnitts. Ohne die wirtschaftlichen Impulse aus Luxemburg sähe es vermutlich noch viel düsterer aus.

Es müssen endlich alle Hebel, gerade auch hier vor Ort, in Bewegung gesetzt werden, damit die Region Trier auf die Überholspur wechseln kann und nicht auf dem Abstellgleis landet. Daran wollen wir gemeinsam mit Ihnen arbeiten.

Trier, im Januar 2025



Thomas Stiren
IHK-Präsident



Bernd Elsen
HWK-Präsident



Jennifer Schöpf-Holweck
IHK-Hauptgeschäftsführerin



Axel Bettendorf
HWK-Hauptgeschäftsführer

II. Regionale Wirtschaftsentwicklung

Wirtschaftsstruktur: Kleinunternehmen prägend

Die Region Trier ist in allen Branchen stark von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt – angefangen beim Handwerk über die Industrie bis zu Handel, Tourismus- und Dienstleistungswirtschaft. Laut Angaben des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz gibt es in der Region Trier knapp 20.000 Unternehmen (gemäß der Abgrenzung des Unternehmensregisters). Hiervon sind etwa 17.000 Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten, was einem Anteil von 86 Prozent entspricht.

Nur 74 Unternehmen oder 0,37 Prozent beschäftigen 250 oder mehr Menschen und überschreiten damit die Mitarbeiterzahl für KMU laut EU-Definition. In der bislang letzten Auflage dieser Publikation lag die Anzahl dieser größeren Firmen noch bei 66 – immerhin eine Steigerung um 12,5 Prozent.

In unserer Region sind rund 30 Großunternehmen mit einer Personalstärke ab 500 aufwärts angesiedelt, die sich überwiegend in der Industrie und im Gesundheitssektor finden. Seit geraumer Zeit zeichnen sich in einigen Wirtschaftszweigen recht deutliche Tendenzen zur Filialisierung (Einzelhandel) und Übernahme in Konzernverbünde (Industrie) ab; die Zahl der von einem regionalen Inhaber selbst geführten Unternehmen nimmt dort ab. Einerseits kann dies die Investitionskraft der Betriebe stärken, andererseits werden immer mehr unternehmensrelevante Entscheidungen nicht mehr ausschließlich vor Ort in der Region getroffen.

Wirtschaftskraft: Region vergleichsweise schwach

Wie bereits in früheren Auflagen dieses Berichts konstatiert, bleibt die regionale Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigem, auch aktuell deutlich hinter dem rheinland-pfälzischen und deutschlandweiten Vergleichswert zurück. Wir beziehen uns als aktuelles Referenzjahr auf 2022, da hierfür die jüngsten regionalisierten Daten vorliegen. Deutschlandweit entfällt ein BIP in Höhe von rund 85.000 Euro auf jeden Erwerbstätigen, in Rheinland-Pfalz sind es immerhin noch knapp 83.800 Euro, während die Region Trier mit etwa 71.400 Euro weit abgeschlagen ist. Der Rückstand zum bundesdeutschen Wert liegt bei 16 Prozent, zum Landeswert immerhin noch bei knapp 15 Prozent.

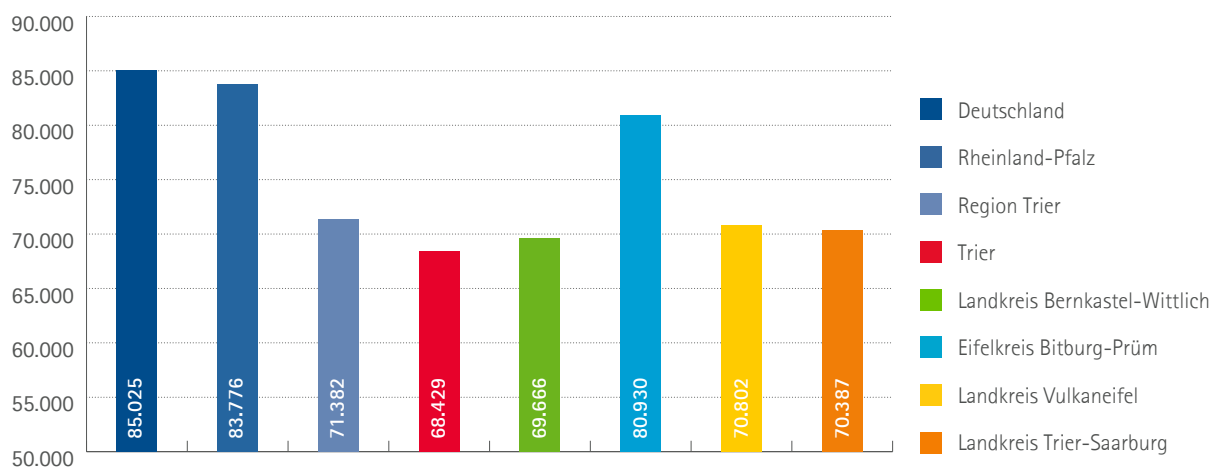


Innerhalb der Region liegen die Stadt Trier sowie die Landkreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Vulkaneifel etwa gleichauf mit Werten zwischen 68.400 Euro und 70.800 Euro. Allein der Eifelkreis Bitburg-Prüm sticht bei diesem Indikator mit 81.000 Euro positiv hervor und kommt dem Landesdurchschnittswert nahe.

Wie bereits im Bericht aus 2020 festgestellt, ist hinsichtlich der Entwicklung des BIP weiterhin deutlicher Aufholbedarf zu konstatieren – zumal die Region Trier in der längerfristigen Betrachtung diesbezüglich keinen Boden gutmachen konnte, sondern sogar etwas weiter zurückgefallen ist. Seit der Jahrtausendwende ist das nominale BIP in Deutschland und Rheinland-Pfalz jeweils um rund 84 Prozent gestiegen, in unserer Region jedoch nur um 80 Prozent.

Insbesondere auch bei Betrachtung der jüngeren Vergangenheit fallen die Werte eher ernüchternd aus. Seit 2015 hat das regionale BIP nur um 23 Prozent zugelegt, das deutsche hingegen um 28 Prozent und das des Landes um 29 Prozent. Differenziert man regional auf Kreisebene, so variieren die Wachstumsraten des BIP in jeweiligen Preisen erheblich und bewegen sich im Zeitraum 2000 bis 2022 in einer Spannweite von 60 Prozent (Stadt Trier) über 74 Prozent (Landkreis Vulkaneifel), 87 Prozent (Landkreis Bernkastel-Wittlich), 91 Prozent (Eifelkreis Bitburg-Prüm) bis 102 Prozent (Landkreis Trier-Saarburg).

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2022 (in Euro)

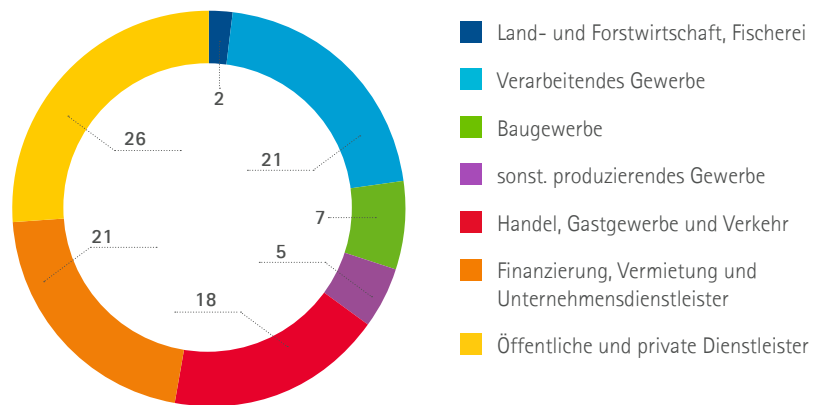


Branchenstruktur: Ausgewogen

Die Branchenstruktur der regionalen Wirtschaft lässt sich als ausgewogen und auch im Zeitablauf stabil beschreiben. Wie für alle modernen Volkswirtschaften typisch, liegt der Schwerpunkt der Wertschöpfung beim Dienstleistungsgewerbe, wobei Trier als regionales Oberzentrum besonders stark vom tertiären Sektor geprägt ist, wozu beispielsweise auch die beschäftigungsstarken Hochschulen, Verwaltungen und Krankenhäuser zählen. Regional vereinigt der Dienstleistungsbereich rund zwei Drittel der Bruttowertschöpfung in Höhe von insgesamt knapp 17 Milliarden Euro auf sich. In der Stadt Trier beträgt der Anteil sogar nahezu 80 Prozent.

Große Bedeutung für unsere Region hat der produzierende Sektor, auf den ein Drittel der Gesamtwertschöpfung entfällt. Den Löwenanteil mit 21 Prozent repräsentiert das verarbeitende Gewerbe, also die klassische Industrie, gefolgt vom Bausektor mit 7 Prozent. Die hiesige Industrie zeichnet sich durch einen ausgeprägten Schwerpunkt im Bereich der Konsumgüterhersteller aus; hier sind insbesondere zahlreiche namhafte Lebensmittelproduzenten zu nennen.

Bruttowertschöpfung Region Trier nach Wirtschaftsbereichen 2022 (in Prozent)



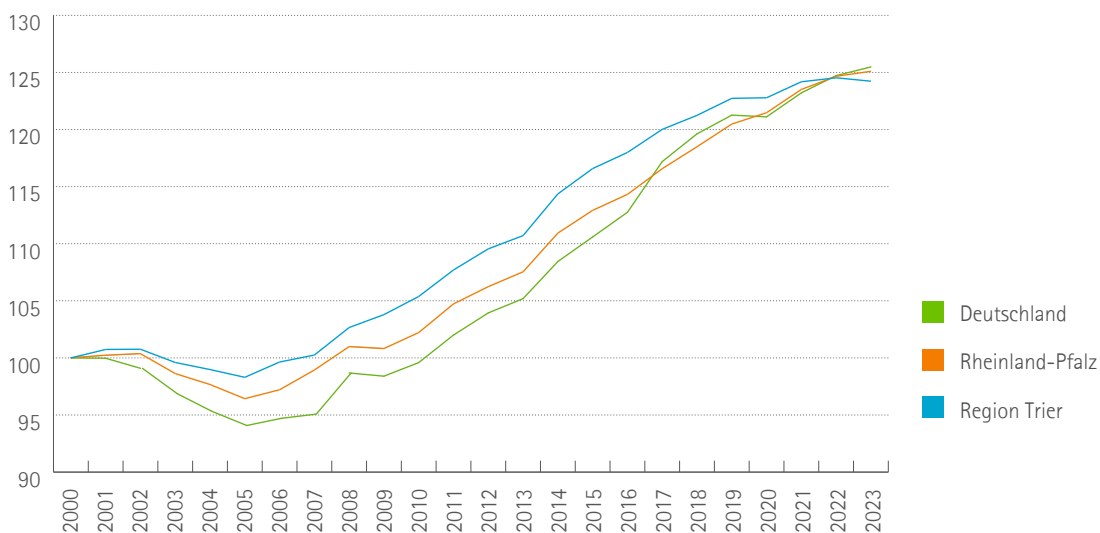
Beschäftigung: Nachlassende Dynamik

In der Region Trier sind rund 179.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – weitere knapp 40.000 Grenzpendler arbeiten in Luxemburg, leben in der Region und geben hier auch einen Großteil ihres Einkommens aus, was sich stabilisierend auf die grenznahe Wirtschaft auswirkt. Nimmt man das Jahr 2000 als Referenzpunkt, so stiegen die hiesigen Beschäftigtenzahlen bis etwa Mitte der 2010er Jahre stärker an als im Bundes- und Landesdurchschnitt.

In der jüngeren Vergangenheit war jedoch ein spürbarer Dynamikverlust zu verzeichnen. Im Zeitraum 2020 bis 2023 nahm die regionale Beschäftigtenzahl lediglich um rund 1,2 Prozent zu, während der Zuwachs in Rheinland-Pfalz 3,0 Prozent und in Deutschland 3,6 Prozent betrug. Insbesondere aufgrund der deutlich unterdurchschnittlichen Dynamik der letzten Jahre liegt die Region, was den langfristigen Beschäftigungsaufwuchs seit der Jahrtausendwende betrifft, mit 24,2 Prozent nun sogar leicht unterhalb des Landes- und Bundeswerts. Gleichwohl lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2023 mit 3,9 Prozent spürbar niedriger als die rheinland-pfälzische (4,9 Prozent) und bundesweite (5,7 Prozent) Quote.

Insgesamt lässt sich also hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung eine weniger vorteilhafte Position der Region als noch in der vorherigen Auflage dieses Berichts feststellen, was als Begleiterscheinung der vergleichsweise schwachen Wachstumsdynamik interpretiert werden kann und die Notwendigkeit wirtschaftsfördernder, regionalpolitischer Maßnahmen nochmals unterstreicht.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 – 2023 (Index 2000 = 100)



III. Fachkräfte für die regionale Wirtschaft sichern



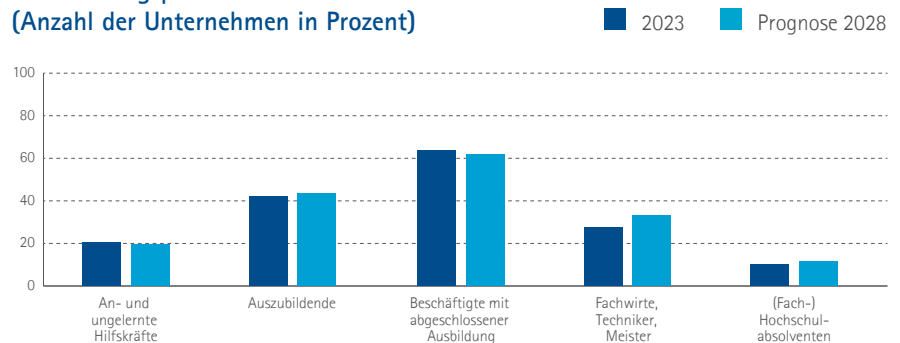
Paul Marxen absolviert bei der brosius GmbH in Föhren (Kreis Trier-Saarburg) eine Ausbildung zum Konstruktionsmechaniker.

Foto: IHK Trier - Marcus Hormes

Die Wirtschaft der Region Trier leidet weiterhin unter einem massiven Fachkräftemangel. Eine gemeinsame Umfrage der beiden Wirtschaftskammern aus 2023 hat gezeigt, dass rund 10.000 Fach- und Arbeitskräfte sowie Auszubildende fehlen; 2018 waren es „nur“ 5500. So ist ein zentrales Ergebnis der letzten Standortumfrage von IHK, HWK und IRT aus 2022, dass bei der Verfügbarkeit von Fach- und Führungskräften der größte Problemdruck unter allen Standortfaktoren gesehen wird. Es werden vor allem Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung gesucht. 60 Prozent der Betriebe haben Probleme, in diesem Segment offene Stellen zu besetzen. Und der Nachwuchs reicht nicht aus, um die Lücke zu füllen: Mehr als 40 Prozent der Betriebe, die gerne ausbilden würden, finden nur mit Mühe jemanden oder suchen vergeblich.

Um Fachkräfte zu finden und zu binden, ergreifen die regionalen Unternehmen eine Vielzahl an Maßnahmen. Schwerpunkte sind die Ausbildung im eigenen Betrieb, Weiterbildungsangebote, familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie übertarifliche Bezahlung und freiwillige Sozialleistungen. Positive Erfahrungen gibt es auch mit der Ausbildung und der Beschäftigung von Flüchtlingen und Migranten, deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt kontinuierlich zunimmt.

Rekrutierungsprobleme nach Qualifikationsniveau (Anzahl der Unternehmen in Prozent)



Duale Ausbildung als Premiumprodukt etablieren

Das weltweit angesehene System der dualen beruflichen Erstausbildung muss auch im Inland wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Die Wirtschaftskammern sind mit der Ausbildungsberatung und Organisation von Ausbildungsprüfungen sowie mit der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk ein zentraler Bestandteil des Ausbildungssystems. Zudem engagieren sie sich für eine Verbesserung der Ausbildungsreife, eine effektive Berufsorientierung in allen Schularten der Sekundarstufen I und II sowie eine gute Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen und werben für die duale Ausbildung als Karriereweg.

Damit die ausgebildeten Fachkräfte die von den Betrieben benötigten digitalen Qualifikationen aufweisen, sind modern ausgestattete Berufsschulen notwendig. Neben einer funktionierenden digitalen Infrastruktur muss auch die angeschaffte Technik regelmäßig gewartet und erneuert werden. Lehrkräfte müssen für den Einsatz digitaler Unterrichtsmethoden geschult werden.

Für den technischen Support bedarf es ausreichenden Fachpersonals. Investitionen in alle Aspekte der Digitalisierung an den Berufsschulen sind daher personell und finanziell zu verstetigen. Wichtig sind auch politische Signale für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Flankierend müssen die ÖPNV-Verbindungen ver-

bessert oder On-Demand-Verkehrslösungen (beispielsweise Smart-Shuttle) geschaffen werden. Häufig scheitert eine Ausbildung daran, dass der Betrieb und die Berufsschule mit Bus und Bahn kaum erreichbar sind.

Fachkräftepotenziale umfassend aktivieren

Eltern könnten dem Arbeitsmarkt durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt zur Verfügung stehen. Hier helfen bedarfsgerechte und bezahlbare Betreuungsangebote, flexiblere Kita- und Kindergartenöffnungszeiten – vor allem in Ferien und Randzeiten – sowie Betreuungsmöglichkeiten am späteren Nachmittag und Freizeitangebote während der Schulferien. Leistungsfeindliche finanzielle Anreize des Staates, die Mehrarbeit unattraktiv machen, sollten abgeschafft werden. Zudem gilt es, die Erwerbsbeteiligung von Älteren weiter zu erhöhen. Die Kammern unterstützen politische Initiativen, die auf eine längere Beschäftigung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzielen, etwa durch bessere finanzielle Anreize, auf eine Frühverrentung zu verzichten oder in der Rentenzeit zu arbeiten. Auch sollten die Betriebe stärker dabei unterstützt werden, altersgerechte Arbeitsplätze und spezifische Gesundheitsmaßnahmen einzuführen.

Migranten schneller in Beschäftigung bringen

Migrantinnen und Migranten müssen noch stärker in Ausbildung und Beschäftigung integriert werden. Dazu sind frühzeitige Qualifikationsfeststellungen, Integrations- und Sprachkurse notwendig, die zeitnah zur Verfügung stehen müssen. Zudem gilt es, die Willkommenskultur in der Region gegenüber ausländischen Fachkräften zu sichern. Die IHK Trier unterstützt dabei mit dem Welcome Center, dessen Aufgabe es ist, interessierte Unternehmen und ausländische Fachkräfte rund um die Themen Beschäftigungsvoraussetzungen, Arbeit und Leben in der Region zu beraten. Dieser Service wird ab 2025 auch von der Handwerkskammer Trier angeboten.

Im Hinblick auf die Integration von Arbeitskräften aus Drittstaaten kommt auch den Kommunen eine wichtige Rolle zu. Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben sich die Zuwanderungsmöglichkeiten rechtlich verbessert, doch noch immer stehen dem regionalen Arbeitsmarkt zu wenige ausländische Fachkräfte zur Verfügung. Es fehlt in vielen Branchen selbst an einfach qualifizierten „helfenden Händen“ aus dem Ausland. Durch eine wesentlich bessere personelle Ausstattung der betroffenen Ausländerbehörden sowie die konsequente Vermittlung und Durchsetzung einer „Ermöglicher-Einstellung“ sind positive Impulse zu setzen. Die Bearbeitungszeiten von Anträgen müssen deutlich reduziert und Termine schneller vergeben werden.



IV. Starke Wirtschaft benötigt starke Infrastruktur

Eine voll funktionsfähige Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur ist eine unerlässliche Voraussetzung, um Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region zu kräftigen. Die verkehrliche Erreichbarkeit über das Straßennetz wurde beispielsweise in einer groß angelegten Unternehmensumfrage zum zweitwichtigsten unter 20 vorgegebenen Standortfaktoren gewählt. Vielerorts entspricht die Infrastruktur jedoch nicht den unternehmerischen Bedürfnissen; Straßen und insbesondere Brücken sind teilweise in einem besorgniserregenden Zustand. Im Bereich der digitalen Infrastruktur wurden deutliche Ausbaufortschritte erzielt, doch steigen auch die Ansprüche der Unternehmen kontinuierlich. Lücken im Mobilfunknetz bleiben ein regionales Ärgernis.

„Deutschland-Tempo“ für Planungs- und Genehmigungsverfahren

Immer mehr Unternehmen bewerten die Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren als mangelhaft oder gar ungenügend. Gelingt es nicht, Genehmigungsverfahren für Energie-, Breitband- und Verkehrsinfrastruktur oder Industrieanlagen auch auf Projektebene deutlich zu beschleunigen, droht der ambitionierte Zeitplan der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und der hierzu erforderliche Infrastrukturausbau zu scheitern.

Es ist daher ein umfassendes Beschleunigungspaket erforderlich, das alle Planungsebenen einbezieht, konsequent alle Verfahrensschritte digitalisiert, auf Bürokratie verzichtet sowie durch bessere personelle und technische Ausstattung ausreichende Planungskapazitäten schafft. Für wichtige Infrastrukturprojekte gilt es zudem, eine Stichtagsregelung zur maßgeblichen Sach- und Rechtslage einzuführen. Der von Bund und Ländern beschlossene „Deutschlandpakt“ ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, der nun allerdings auf allen Ebenen konsequent umgesetzt werden muss.

Lückenschlüsse vorantreiben

Die Erreichbarkeit über die Straße bleibt für die Unternehmen in der Region Trier ein entscheidender Standortfaktor und bietet in vielen Fällen die einzige Möglichkeit, Güter und Personen flexibel und kostengünstig zu transportieren. Trotz nahenden Zielhorizonts des Bundesverkehrswegeplans 2030 sind viele der vordringlichen Fernstraßenprojekte in der Region Trier noch nicht umgesetzt oder zur Baureife gebracht. Die Planungen für den A1-Lückenschluss (siehe Grafik), die Westumfahrung Trier sowie den vierstreifigen Ausbau der B 327/B 50 zwischen Longkamp und Flughafen Hahn müssen daher umgehend abgeschlossen und die finanziellen Mittel für eine zügige Realisierung bereitgestellt werden. Statt den hierzu erforderlichen Planungen Steine in den Weg zu legen oder die Verfahren durch Klagen zu verzögern, sollten die Kommunen diese Anstrengungen im Sinne der in der Region ansässigen Unternehmen und dort lebenden Menschen aktiv unterstützen.



Sanierungsstau beheben

Deutschlandweit verursacht ein Sanierungsstau zunehmende Einschränkungen und Engpässe auf Straßen und Schienen. Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden führt dramatisch vor Augen, dass dieses Thema keinen Aufschub erlaubt, Sanierungsmaßnahmen konsequent angegangen werden müssen und die hierzu erforderlichen Mittel für alle Baulastträger auf einem auskömmlichen Niveau zu verstetigen sind. Da Brückenbauwerke häufig in einem besonders desolaten Zustand sind und zudem eine herausragende Verbindungsfunktion haben, gilt es gerade dort, erforderliche Sanierungsmaßnahmen unter Einbindung betroffener Unternehmen frühzeitig zu planen und umzusetzen. Aufgrund der Nähe zum Trierer Hafen, der wichtigen Verbindungsfunktion nach Luxemburg und bereits erfolgter verkehrlicher Einschränkungen ist in der Region die Sanierung der Moselbrücke Ehrang (B 52/Nähe A 64) mit besonderer Priorität anzugehen und auch der perspektivisch notwendige Neubau der Brücke frühzeitig zu planen. Bei Sanierungsmaßnahmen der Infrastruktur ist das Baustellenmanagement zu optimieren. Gewerbebetriebe dürfen nur so weit und so lange in ihrer Erreichbarkeit eingeschränkt werden, wie dies unvermeidbar ist.



Die Moselbrücke bei Trier-Ehrang ist sanierungsbedürftig.

Chancen zur optimierten Bahnanbindung nutzen

Die überregionale Schienenanbindung der Region Trier wird von 41 Prozent der befragten Unternehmen in einer Umfrage von IHK und HWK als „überhaupt nicht zufriedenstellend“ bewertet. Verbesserungen sind dabei sowohl im Personen- als auch Güterverkehr unumgänglich, um den Unternehmen die gewünschte Verlagerung auf die Schiene zu ermöglichen. Eine herausragende Chance bieten hierzu der Wiederaufbau und die Elektrifizierung der zerstörten Eifelstrecke. Um eine Steigerung der Streckenkapazität und ein verbessertes Zugangebot realisieren zu können, muss in einem ersten Schritt – zumindest partiell – auch die Herstellung der Zweigleisigkeit gelingen. Nach Abschluss der Nutzen-Kosten-Untersuchung gilt es, ohne weitere Verzögerung die erforderlichen Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund und Land auf den Weg zu bringen. Auch die Prüfung weiterer Streckenreaktivierungen in der Region (Eifelquerbahn, Hunsrückquerbahn) sollte zeitnah abgeschlossen und im Falle einer positiven Bewertung deren Realisierung angestoßen werden. Die Ausweitung des CFL-Angebots einer durchgehenden Zugverbindung nach Düsseldorf ist als erster Schritt zur notwendigen Anbindung der Region Trier an den Fernverkehr zu begrüßen. Weitere Angebote sind jedoch unabdingbar.

Mobilitäts- und Antriebswende offensiv gestalten

Das Erreichen der gesteckten Klimaschutzziele ist eng an die Umsetzung einer Mobilitäts- und Antriebswende geknüpft. Diese kann jedoch nur gelingen, wenn die Politik den hierzu erforderlichen Rahmen schafft, der auch dem ländlichen Raum eine Partizipation an der Mobilitätswende erlaubt. Neben einem attraktiven ÖPNV- und Radwegeangebot gilt es dabei auch ein ausreichendes Angebot an Ladeinfrastruktur zu gewährleisten.

Digitale Infrastruktur: Gigabit wird neuer Standard

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für eine erfolgreiche digitale Transformation der Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit. Durch eigenwirtschaftlichen und geförderten Breitbandausbau konnte zwischen 2019 und 2023 die Verfügbarkeit von Gigabitbreitband (über 1 Gbit/s) in Gewerbegebieten von 16 Prozent auf 63 Prozent gesteigert werden. Da die Ergebnisse der bundesweiten IHK-Digitalisierungsumfrage zeigen, dass - gerade auch durch Cloud-Lösungen und künstliche Intelligenz getrieben - Gigabit zum neuen Standard in der Wirtschaft wird, muss der Ausbau von Glasfasernetzen bis in die Gebäude mit hoher Priorität von Bund und Land gemeinsam mit den Unternehmen und Kreisen weiter vorangetrieben werden. Eigenwirtschaftlicher Ausbau muss dabei auch künftig Vorrang haben. Fördermittel sind auf Gebiete zu begrenzen, in denen absehbar kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist. Hierzu bedarf es effektiver und verbindlicher Markterkundungsverfahren und eines besonderen Fokus auf die Erschließung von sozioökonomischen Treibern wie Unternehmen (in Gewerbe- und Industriegebieten) sowie Schulen, die wesentlich zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Standorte beitragen.

Mobilfunknetzte zukunftsfähig ausbauen

Voraussetzung für digitales, mobiles Arbeiten und automatisierte mobile Anwendungen in Unternehmen ist ein leistungsfähiges, stabiles und schnelles Mobilfunknetz. Als wichtigen Teil der digitalen Infrastruktur gilt es daher, parallel die noch vorhandenen Lücken im Mobilfunknetz zu schließen und eine flächendeckende Mobilfunkversorgung mit 5G weiter voranzutreiben, wobei auch die Entwicklung künftiger Standards im Blick zu behalten ist. Wo erforderlich, sollten die zuständigen Mobilfunkunternehmen hierbei durch geeignete Flächen für erforderliche Funkmasten von Land und Kommunen unterstützt werden.

Voraussetzung für eine konsequente Digitalisierung ist die entsprechende Infrastruktur.



V. Resiliente Innenstädte und zukunftsfähiger Handel

Die anhaltenden Auswirkungen laufender Veränderungsprozesse im Kaufverhalten der Kunden und eine sich verfestigende Konsumzurückhaltung setzen die zentralen innerstädtischen Einkaufslagen und die dort ansässigen Gewerbetreibenden unter massiven wirtschaftlichen Druck. Auch im Oberzentrum und in den Mittelzentren der Region Trier sind die Konsequenzen oftmals in Form steigenden Leerstands und von Attraktivitätsverlusten des öffentlichen Raums spür- und sichtbar.

Um dem entgegenzuwirken und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadtzentren zu stärken, muss der Transformationsprozess zu einer multifunktionalen Innenstadt aktiv gesteuert werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in Zusammenarbeit aller relevanten Innenstadtakteure gelingen kann.

Multifunktionalität der Citys stärken

Die Weiterentwicklung von Innenstadtdflächen zu multifunktionalen Orten u. a. für Einzelhandel, Dienstleister, Gastronomie sowie Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein zentraler Aspekt bei der Schaffung eines attraktiven Stadtzentrums. Um dies umzusetzen, müssen Anreize zur flexiblen Kooperation zwischen Immobilienentwicklern, Gewerbetreibenden und Kommunen geschaffen werden.

Gemischte Nutzungskonzepte in Innenstädten, die Einzelhandel, Büroflächen, Wohnraum und Freizeitangebote integrieren, sollten hierbei unterstützt werden. Um zukünftig mehr Nutzungsvielfalt zu ermöglichen, müssen bürokratische Hürden abgebaut, kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und mögliche Nutzungskonflikte bereits im Vorfeld bedacht werden.

Innenstadtorientierte Ansiedlungspolitik umsetzen

Für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Entwicklung von Ortszentren und Innenstädten ist eine vorausschauende und transparente Planung notwendig, die frühzeitig mit den Akteuren aus Handel und Gewerbe abgestimmt wird. Im Rahmen der Erstellung von Einzelhandels- und Zentrenkonzepten haben die Kommunen sicherzustellen, dass der innerstädtische stationäre Handel durch eine innenstadtorientierte Ansiedlungspolitik gestärkt wird.

Ansiedlungen mit zentrenrelevanten Sortimenten sind, bei Verfügbarkeit entsprechender Flächen, in die Citys zu leiten und dürfen nicht in Randlagen oder gar auf der „grünen Wiese“ zugelassen werden. Eine Abweichung von den festgelegten Zielen auch der „informellen“ Planungsinstrumente sollte in diesem Kontext grundsätzlich vermieden werden, um deren Bindungskraft zu erhalten.

Aufenthaltsqualität in der City steigern

Innenstädte werden nur dann gerne frequentiert, wenn sie eine hohe Aufenthaltsqualität zu bieten haben. Orte zum Verweilen, „grüne Oasen“, Sitzmöglichkeiten, Angebote für Familien mit Kindern und für Senioren, Kinderspielangebote und Kunstinstallationen sowie Events können die Innenstadt zu einem attraktiven Ort machen, der Frequenzen gerade auch für das dort ansässige Gewerbe generiert. Innenstadtdqualitäten und -mängel frühzeitig zu erkennen und dabei Gewerbetreibende, Immobilienspezialisten und weitere Interessierte einzubeziehen, ist die Basis zur Ermittlung von Handlungsbedarfen.



Foto: IHK Trier / Stefan Rommelfanger

Schoppen beim Shoppen: Kundinnen mit den neuen Einkaufstüten der IHK-Kampagne „Heimat shoppen“ in Bernkastel-Kues.

Um langfristig eine hohe Aufenthaltsqualität sicherzustellen, bedarf es seitens der Kommunen kontinuierlicher und bedarfsgerechter Investitionen in den öffentlichen Raum sowie eines langfristig angelegten „roten Gestaltungsleitfadens“, dem diese Maßnahmen folgen.

Leerstandsmanagement optimieren

Leerstände verringern die innerstädtische Attraktivität und tragen langfristig zu Frequenzverlusten bei. Ziel muss es daher sein, leerstehende Verkaufsflächen und brachliegende Gebäude zeitnah einer neuen Nutzung zuzuführen. Bei der Revitalisierung von Leerständen und Brachen ist die effektive Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure gefragt, um zeitnah ggf. auch unkonventionelle Geschäftsideen entstehen zu lassen. Nicht mehr benötigte Einzelhandelsflächen müssen unbürokratisch für neue Nutzungen – Gewerbe, Wohnen, Kultur – umgewidmet und Baulücken geschlossen werden. Durch ein professionelles und proaktives Leerstandsmanagement können freistehende Immobilien schneller vermittelt und einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Professionelles Citymanagement fördern

Um den gesteigerten Erlebnisansprüchen von Kunden gerecht zu werden, bedarf es von kommunaler Seite einer entsprechenden personellen und finanziellen Unterstützung der lokalen Stadt- oder Citymarketing-Initiativen, die den öffentlichen Raum durch gemeinschaftliche Aktionen und Projekte beleben und damit die Attraktivität der Innenstädte steigern. Um Stadtmarketing-Prozesse zu initiieren bzw. zügiger voranzutreiben, bedarf es zudem einer Intensivierung des Zusammenwirkens von Wirtschaft, Politik und Kommunalverwaltung.

Eine zentrale Rolle kommt in diesem Zusammenhang einem Citymanager zu, der als Kümmerer vor Ort und Bindeglied zwischen Verwaltung, Gewerbetreibenden und Lokalpolitik fungiert. Die Kommunalverwaltungen sollten entsprechende Förderprogramme des Landes nutzen, um die Finanzierung lokaler Stadtmarketing-Prozesse zu unterstützen.

Die Qualität der Innenstadtgeschäfte hängt maßgeblich von den Menschen ab, die in der Region Trier ihre Leidenschaft verwirklichen und täglich die Herausforderungen der Selbstständigkeit meistern. Diese engagierten Unternehmer müssen stärker unterstützt werden. Zu den regionalen Innenstädten passende Geschäfte müssen identifiziert und akquiriert werden.



Beliebtes Panorama: der Hauptmarkt in Trier.

Verkehrliche Erreichbarkeit sicherstellen

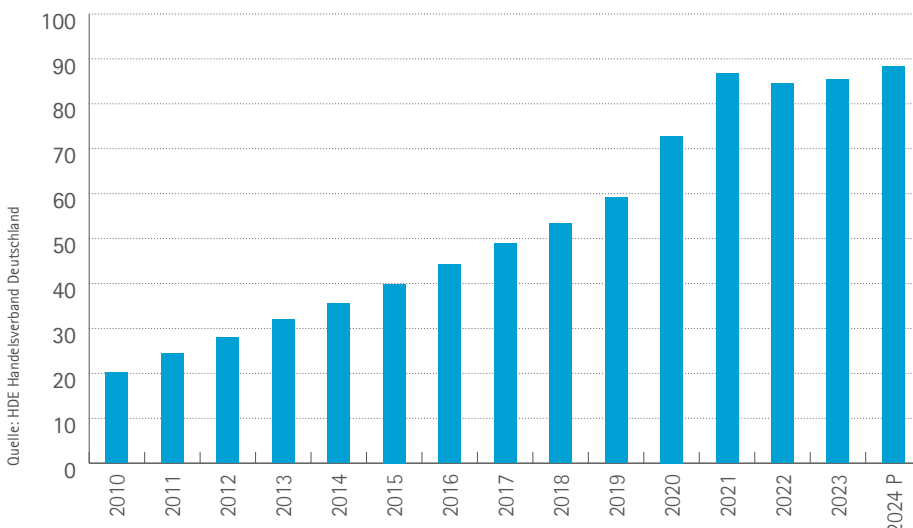
Wenn die Innenstadt als zentraler Wirtschafts- und Erlebnisstandort erhalten werden soll, ist eine gute Erreichbarkeit für Liefer- und Kundenverkehre grundlegende Voraussetzung. Diese Erreichbarkeit ist durch entsprechende Maßnahmen im Bereich Zuwegung, Verkehrsleitsysteme und Parkraumbewirtschaftung sicherzustellen. Alle Mobilitätsformen müssen zu ihrem Recht kommen. Maßnahmen, die die Erreichbarkeit der Innenstädte einseitig für den motorisierten Individualverkehr (MIV) einschränken, lehnen wir ab. Sind Einschränkungen unabweisbar, so ist für den MIV Ersatz zu schaffen, bzw. es müssen leistungsfähige Alternativen entwickelt werden. In einem ländlich geprägten Raum wie der Region Trier kommt der Mobilitätsform des MIV eine besondere Bedeutung zu. Sie muss daher auch zukünftig in den Planungen für den innerstädtischen Verkehr eine zentrale Rolle einnehmen.

Digitalisierung und Smart City als Standortfaktoren weiterentwickeln

Die Digitalisierung ist zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden, der kontinuierlich weiterentwickelt werden muss. Die Corona-Pandemie hat den stationären Einzelhandel zu einem Digitalisierungsschub gezwungen. Neben der Sichtbarkeit im Netz ist heute die nahtlose Verbindung von stationären und Online-Aktivitäten entscheidend. Doch nicht nur der Handel, auch die Kommunen müssen ihre digitalen Angebote ausbauen, um attraktiv zu bleiben. Vor allem jüngere Zielgruppen sind fast ausschließlich über digitale Kanäle erreichbar.

Statt ausschließlich statischer Onlineplattformen und Apps sollten gezielte Live-Formate, Stories und Posts auf Plattformen wie Instagram und TikTok im Fokus stehen. Die Zusammenarbeit mit Influencern hilft dabei, gezielt junge Menschen zu erreichen und für lokale Angebote zu begeistern. Innovative Ansätze wie Social-Media-Challenges, Augmented Reality (AR-) Touren und Förderung von privat betriebenen Co-Working-Places steigern ebenfalls die Attraktivität der Innenstadt.

Investitionen in eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, flächendeckendes kostenloses WLAN und innovative digitale Kommunikationsformen (Beispiel Trier: kostenfreies SWT-WLAN, Projekt Portazon-App) sind der Schlüssel, um auch in Zukunft junge Menschen an Innenstädte und lokale Angebote zu binden.



Entwicklung Umsatz
Online-Handel in Deutschland
von 2010 bis 2024
(in Mrd. Euro)

VI. Strategien zur Stärkung des Tourismusstandorts entwickeln

Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor in der Region Trier, der wesentlich zur ökonomischen Entwicklung und Lebensqualität beiträgt. Als klassische Querschnittsbranche generiert er Wertschöpfung und Beschäftigung nicht nur für das Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch in weiteren Wirtschaftsbereichen wie Einzelhandel, Dienstleistungssektor und Handwerk. Mit fast sieben Millionen Übernachtungen und rund zehn Millionen Tagesgästen jährlich sichert er Arbeitsplätze und stärkt die Standortattraktivität.

Um im Wettbewerb mit anderen Destinationen bestehen zu können, sind Investitionen in die Infrastruktur, die Verbesserung der Angebots- und Servicequalität und ein zielgerichtetes, partnerschaftlich abgestimmtes Marketing essenziell. Eine nachhaltige Tourismusentwicklung sowie die bestmögliche Nutzung der digitalen Transformation tragen zur Zukunftssicherung des Tourismusstandorts bei.

Investitionen in die touristische Infrastruktur sichern

Öffentliche Investitionen in die touristische Infrastruktur sind entscheidend für die langfristige Entwicklung der Region. Sie fördern private Investitionen, steigern die Attraktivität für Bürger und Besucher und stärken langfristig die kommunale Einnahmehasis. Die Kultur- und Naturlandschaft der Region Trier bietet eine hervorragende Grundlage für hochwertige Tourismusangebote. Die Krisen der letzten Jahre – Corona-Pandemie, Energiekrise, Inflation – haben die Tourismuswirtschaft stark getroffen. Um Investitionsmaßnahmen zu finanzieren, sind Förderprogramme wie u. a. das Programm für öffentliche Tourismusinfrastruktur, Radwege im ländlichen Raum, das Sonderprogramm „Stadt und Land“ sowie LEADER zu prüfen und intensiver auszuschöpfen.

Förderung und Vernetzung des Tourismusangebots

Eine engere Zusammenarbeit zwischen touristischen Verantwortlichen und lokalen Leistungsträgern ist notwendig, um bedarfsgerechte Maßnahmen planen zu können. Regelmäßige gemeinsame Treffen, Workshops und Projekte der relevanten Akteure können dies fördern. Ebenso sollte die Zusammenarbeit zwischen Branchen wie Kultur, Wein, Handwerk, Landwirtschaft, Handel und Tourismus intensiviert werden. Eine stärkere Vernetzung erschließt neue Potenziale und ermöglicht die Entwicklung innovativer touristischer Produkte.

Mitentscheidend für den Erfolg des Tourismus ist ein qualitativ hochwertiges Angebot an Übernachtungs- und Gastronomiebetrieben. Konzepte und Maßnahmen zur Unterstützung bestehender Betriebe, zur Anbahnung der Unternehmensnachfolge und zur Förderung neuer Gründungen sind notwendig. Zudem sind Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs erforderlich, um eine der größten Herausforderungen der Branche zu bewältigen.

Abschaffung von Beherbergungssteuern und Vermeidung zusätzlicher Abgaben

Die IHK fordert die Abschaffung von Beherbergungssteuern, da deren Einnahmen nicht zwingend touristischen Zwecken dienen und sie die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbetriebe beeinträchtigen. Auch die Einführung von Tourismus- und Gästebeiträgen muss gut begründet und transparent sein. Betroffene Unternehmen sollten bei der Verwendung der Einnahmen mitbestimmen können, um eine zweckgebundene und effiziente Nutzung zur Stärkung der touristischen Infrastruktur sicherzustellen. Angesichts der angespannten Finanzlage vieler Beherbergungsbetriebe sollten Kommunen von weiteren touristischen Abgaben absehen, da diese das Eigenkapital der Betriebe schmälern, Investitionen hemmen und Bürokratie erhöhen. Freiwillige Finanzierungsmodelle sind zu bevorzugen. Wo verpflichtende Abgaben unvermeidbar sind, sollte deren Zweckbindung gemäß des Kommunalen Abgabengesetzes klar definiert sein. Ebenso ist die Leistungsfähigkeit der Tourismusorganisationen regelmäßig zu überprüfen.



Foto: Tourist-Information Römische Weinstraße

Der Klüsserather Sagenweg lockt mit seinen herrlichen Aussichten ins Moseltal viele Wanderer.

Konsequente Umsetzung und Fortschreibung der Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz

Die Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz bietet einen umfassenden Rahmen für die touristische Entwicklung des Landes. Es ist wichtig, dass diese Strategie auf kommunaler Ebene konsequent umgesetzt wird, um die touristischen Ziele zu erreichen und Synergien zu nutzen. Die bestehenden Organisationsstrukturen und die Aufgabenteilung zwischen Land, Region und kommunaler Ebene im Tourismus sollten überprüft und optimiert werden.

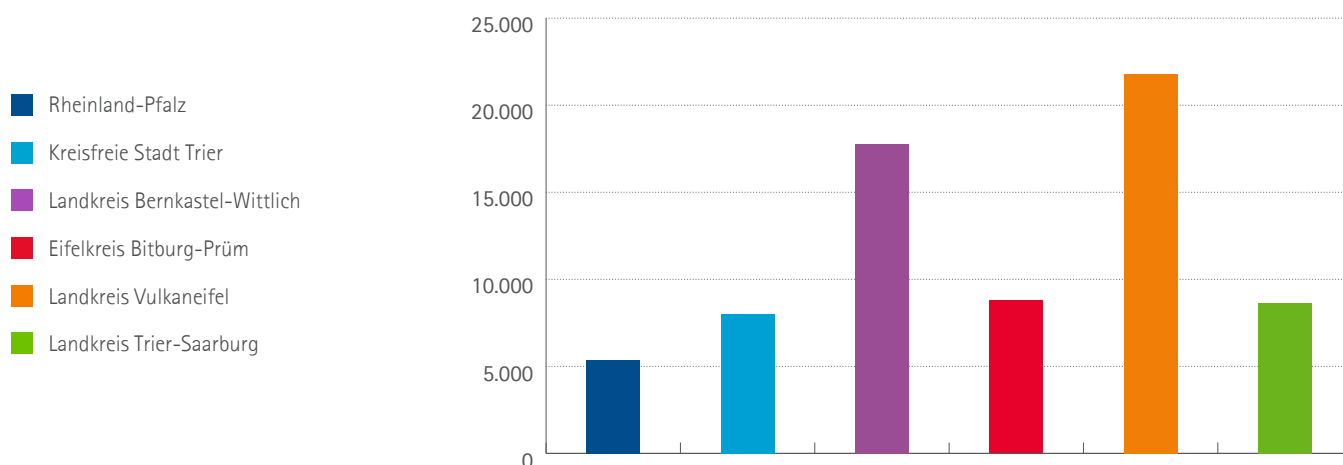
Eine effizientere Nutzung der Mittel und eine bessere Marktpositionierung können durch klar definierte Zuständigkeiten und eine verstärkte Zusammenarbeit erreicht werden. Wo noch zu kleinteilige Strukturen bestehen, sollten interkommunale Kooperationen angestrebt werden, um Ressourcen zu optimieren und die Produktqualität zu steigern.

Nachhaltigkeit im Tourismus fördern

Der Tourismus in der Region Trier mit Mosel, Eifel und Hunsrück sollte unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Dies bedeutet, dass Investitionen und Maßnahmen darauf abzielen sollten, die natürlichen Ressourcen zu schonen und die Umweltbelastungen zu minimieren. Solche Maßnahmen könnten beispielsweise die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, die Förderung regionaler Produkte, die Unterstützung nachhaltiger Unterkünfte und die Entwicklung umweltbewusster Freizeitangebote umfassen.

Ein nachhaltiger Tourismus kann auch als zentraler Attraktivitätsfaktor im Wettbewerb mit anderen Destinationen dienen. Das langfristige Ziel sollte darin bestehen, eine ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit über den Tourismussektor hinaus anzustreben und damit die Attraktivität des Standorts für Besucher, Fachkräfte und Bürger zu stärken.

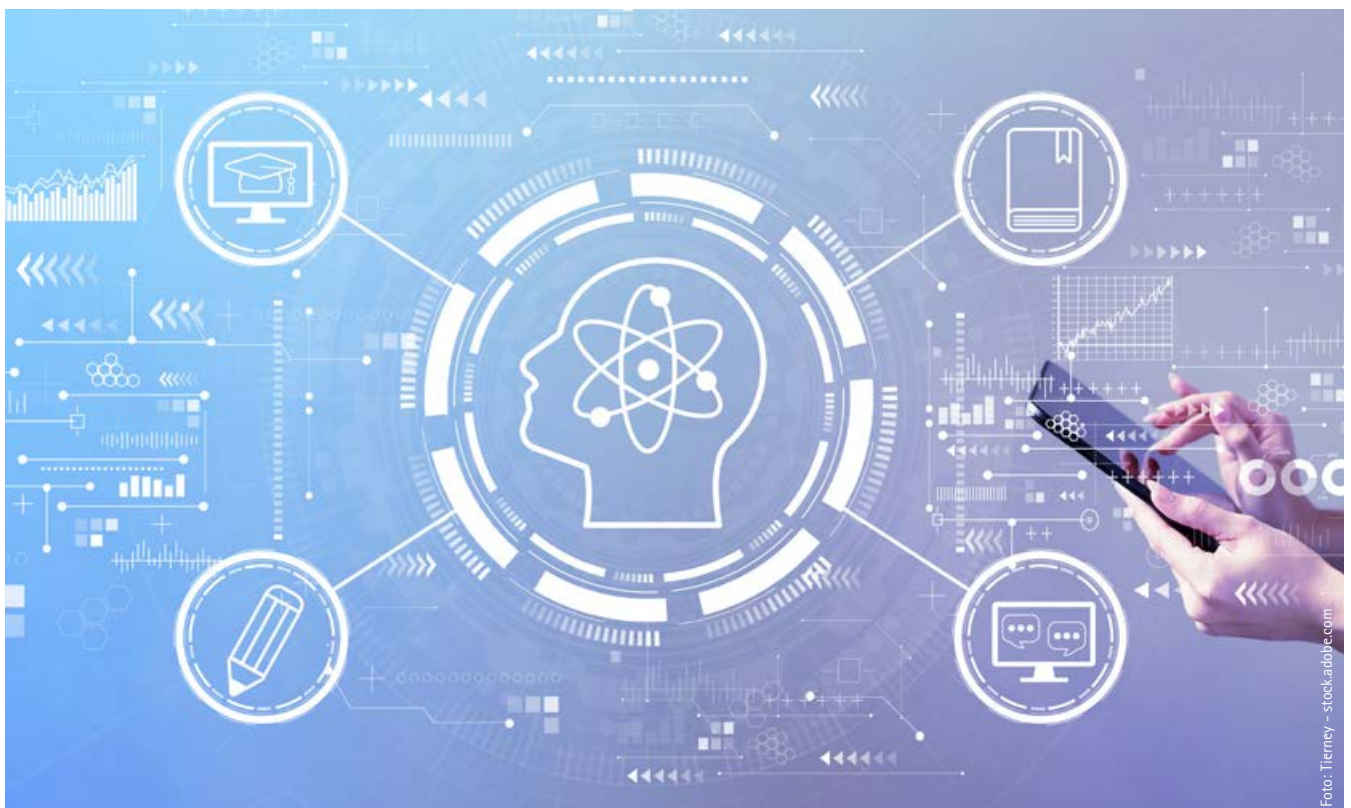
Übernachtungsintensität 2023 (Anzahl der Übernachtungen je 1.000 Einwohner)



Digitalisierung und Innovationen stärken Wettbewerbsfähigkeit

Die Digitalisierung bietet auch der Tourismusbranche große Chancen, um Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Betriebe sollten verstärkt auf digitale Lösungen wie Buchungs- und Abrechnungssysteme sowie Smart-Tourism-Lösungen setzen. Dies verbessert die Effizienz betrieblicher Abläufe und ermöglicht neue Formen der Kundenansprache und -bindung.

Moderne digitale Marketingstrategien helfen, die Sichtbarkeit der Region Trier national und international zu verbessern. Soziale Medien, Suchmaschinenoptimierung und gezielte Online-Kampagnen ermöglichen die Ansprache spezifischer Zielgruppen und steigern die Attraktivität der Region als Reiseziel. Investitionen in digitale Infrastruktur und Schulungen sind unerlässlich, um die Zukunftsfähigkeit der Tourismusbranche zu sichern.



VII. Regionale Kooperation stärken

Ein starker regionaler Verbund ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit einer Region. Gemeinsame Herausforderungen wie der Ausbau der Infrastruktur und das Standortmarketing können erfolgreich nur in enger Abstimmung der relevanten Akteure bewältigt werden. Grundsätzlich ist die Region Trier gut aufgestellt, denn sowohl auf Leitungs- als auch auf Arbeitsebene bestehen vielfältige, vertrauensvolle Kontakte zwischen den zahlreichen Partnern. Bisher bot der 1994 gegründete Verein Initiative Region Trier e.V. (IRT) den regionalen Partnern einen Rahmen für den regionalen Austausch.

Starkes Qualitätsnetzwerk, breites Sortiment, hohe regionale Wertschöpfung: Die Regionalmarke EIFEL ist ein Beispiel für gelungene Zusammenarbeit.



Foto: Regionalmarke EIFEL

Neue Wege der regionalen Zusammenarbeit beschreiten

Die IRT hat Initiativen und Projekte diskutiert und unterstützt, die für die gesamte Region wichtig waren, vom digitalen Ausbildungsatlas über Unternehmensumfragen bis zur Erstellung von Standortbroschüren. In der IRT wurden außerdem gemeinsame regionalpolitische Standpunkte abgestimmt und gegenüber Bund und Land vertreten. Inzwischen hat sich bei den tragenden Akteuren die Überzeugung durchgesetzt, dass die IRT in der derzeitigen Form nicht mehr erforderlich sei und diese daher aufgelöst werden soll.

Die entstehende Lücke muss geschlossen werden. IHK und HWK Trier machen sich dafür stark, dass die regionalen Partner weiterhin im engen Austausch bleiben. Hierzu soll ein regionales Austauschformat der zentralen Akteure auf Leitungsebene etabliert werden. Auch kommt dem bereits bestehenden Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer aus Kommunen und Kammern die Aufgabe zu, regionale Aktivitäten abzustimmen und regionalpolitische Positionen zu erarbeiten.

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob diese Zusammenarbeit ohne institutionellen Rahmen ausreicht, die Region Trier voranzubringen. Falls hier ein Vakuum entsteht, sollte geprüft werden, doch wieder eine koordinierende (Geschäfts-)Stelle einzurichten und diese mit angemessenen finanziellen Mitteln auszustatten.

Weitere regionale Netzwerke kräftigen

Neben der IRT kümmern sich weitere Organisationen und Netzwerke in der Region Trier um spezifische Themen und Ziele. Die Planungsgemeinschaft Region Trier ist für Regionalplanung und Aufgaben der regionalen Entwicklung zuständig. Die Regionalinitiativen verfolgen das Ziel, die Identität des jeweiligen Raumes zu stärken und die Standortfaktoren dort zu verbessern. Über eine Markenbildung sollen regionale Angebote aus einem Guss präsentiert und damit Unternehmen, Fachkräfte, Touristen sowie Kunden angezogen werden.

Auf Initiative der beiden ansässigen Hochschulen wurde zudem die Wissenschaftsalianz Trier gegründet. Wichtige Impulse gehen auch vom Forschungszentrum Mittelstand der Universität Trier (FZM) aus, dessen Ziel es ist, den Know-how-Transfer und die Zusammenarbeit zwischen der Universität und der regionalen Wirtschaft zu stärken. IHK und HWK bringen sich aktiv in die Arbeit dieser regionalen Institutionen und Verbände ein.

Diese Initiativen sollten perspektivisch weiter gestärkt werden, was insbesondere eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung, eine ausreichende personelle Ausstattung sowie das aktive Engagement aller Mitglieder einschließt. Hierbei ist darauf zu achten, dass der gegenseitige Informationsaustausch sichergestellt ist und Doppelarbeiten oder gar gegenläufige Aktivitäten vermieden werden.

Verankerung in der Großregion leben

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Wohlstand der Region Trier hängen stark von den Verflechtungen mit ihren europäischen Nachbarn ab. Die Großregion mit Luxemburg als Motor hat für den Raum Trier herausragende Bedeutung – wirtschaftlich, politisch, kulturell und nicht zuletzt bezogen auf Freundschaften über die Grenzen hinweg. IHK und HWK engagieren sich deshalb in verschiedenen Netzwerken wie etwa dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) sowie der Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftsinitiative (DLWI) für offene Grenzen und einen funktionierenden Binnenmarkt, die auch in Zukunft Leitgedanke der Entwicklung sein müssen. Denn diese Errungenschaften sind für viele Betriebe Grundvoraussetzung für erfolgreiche Geschäfte mit den Nachbarn.

Grenzkontrollen oder ähnliche Hindernisse grenzüberschreitender Aktivitäten sind daher abzulehnen. Immer wieder wird der offene, freie Markt in Frage gestellt. Beispielsweise sind im Zuge der EU-Arbeitnehmerentsenderichtlinie erhebliche bürokratische Belastungen für die Unternehmen entstanden, die Arbeitnehmer ins europäische Ausland entsenden. Mit Luxemburg und Belgien konnten Regelungen gefunden werden, die zwar einen gewissen Aufwand mit sich bringen, aber dennoch praktikabel sind. Dagegen schrecken die Anforderungen in Frankreich inzwischen viele deutsche Betriebe ab, dort Leistungen anzubieten.

Die Kammern setzen sich mit allem Nachdruck dafür ein, die grenzüberschreitenden Barrieren abzubauen. Übergeordnetes Ziel muss es sein, die europäische Integration für die Großregion nachhaltig zu vertiefen und nationale Alleingänge zu vermeiden.



Der europäische Binnenmarkt spielt in der Grenzregion eine wichtige Rolle.

VIII. Unternehmensorientierung der Verwaltung ausbauen



Die staatliche Bürokratie macht Unternehmen das Wirtschaften schwer. Überfällig sind eine deutliche Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren.

Mittlerweile werden zahlreiche, gerade mittelständische Unternehmen von einer überbordenden staatlichen Bürokratie schier erdrückt. Eigentlich sollte der Staat die Unternehmen durch die Schaffung geeigneter Standortbedingungen unterstützen, damit sie dauerhaft Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern können. In der jüngsten von IRT, IHK und HWK durchgeführten Standortumfrage haben die befragten Unternehmen erneut zum Ausdruck gebracht, wie wichtig für sie eine unternehmensorientierte kommunale Verwaltung ist. Sie bewerten die hiesigen Kommunen bezüglich der Dimension Zufriedenheit bei diesem Standortfaktor mit der Note „noch befriedigend“ (3,3). Es ist also noch deutlich Luft nach oben.

Ziel der Kommunen sollte es sein, die Kundenorientierung gegenüber der Wirtschaft in den Fokus zu stellen und konsequent umzusetzen. Die Kammern begrüßen, dass es in der Region Trier Bereitschaft seitens der kommunalen Gebietskörperschaften gibt, sich in Zufriedenheitsbefragungen der lokalen Unternehmerschaft zu stellen und deren Ergebnisse ernsthaft zu diskutieren. Mit solch partnerschaftlichen Prozessen kann der Standort erfolgreich nach vorne gebracht werden.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen erwarten wir von den politisch Verantwortlichen und der Verwaltung, dass sie jetzt die notwendigen Weichen stellen, um die Standortattraktivität nachhaltig zu stärken. Es ist an der Zeit, ein Umdenken zu fördern: Politische Entscheidungen sollten darauf abzielen, Wertschöpfung zu generieren, die den regionalen Unternehmen hilft, mehr Umsatz zu erzielen – was letztlich auch den städtischen Haushalt stärkt. Jegliche zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und Konsumenten müssen vermieden werden, um das wirtschaftliche Potenzial der Region voll auszuschöpfen.

Zentrale Ansprechpartner definieren, Verwaltungen digitalisieren

Den Kommunalverwaltungen kommt eine zentrale Rolle zu, um die Unternehmen aus dem Würgegriff der Bürokratie zu befreien. Die Städte und Gemeinden sollten sich durchgängig als Dienstleister sehen, der unternehmerische Innovationen und Investitionen in der Region Trier fördert. Dies kommt dem gesamten Gemeinwesen zugute. Beispielsweise wünschen viele Inhaberinnen und Inhaber einen zentralen Ansprechpartner, der sie während des gesamten Verwaltungsakts als Verfahrenslotse begleitet. Komplexe Genehmigungsverfahren und Anträge sollten zudem durch Runde Tische flankiert werden, die Firmen Gelegenheit bieten, direkt und gleichzeitig mit allen zuständigen kommunalen Genehmigungsstellen zu sprechen, um schnell gemeinsame Lösungen zu finden.

Alle gesetzlich bestehenden Spielräume, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu beschleunigen, sollten konsequent genutzt werden. So muss die digitale Verwaltung für die gesamten Antrags- und Genehmigungsprozesse schnell zum Standard werden. Dabei ist jeweils zu prüfen, ob der vermehrte KI-Einsatz den Prozess straffen kann. Ein weiterer Baustein wirtschaftsfreundlichen Verwaltungshandelns sind Fristenregelungen mit Selbstbindungscharakter. Erfolgt bis zur jeweiligen Frist kein Widerspruch, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.

Erfreulich ist, dass in der Region Trier die kommunalen Amtsträger regelmäßig den Kontakt zur Unternehmerschaft suchen. Auf dieser Basis lassen sich effizient Verbesserungspotenziale identifizieren.

Neue Gewerbe- und Industrieflächen ausweisen

Die Unternehmen sind elementar auf Gewerbe- und Industrieflächen in verkehrsgünstig erschlossenen Lagen zu attraktiven Konditionen angewiesen. Obwohl die Region Trier ländlich strukturiert ist und es viele unbebaute Flächen gibt, drohen Unternehmen bei der Standortsuche zu scheitern und erst außerhalb der Region fündig zu werden. Im Raum Trier fehlen dann hochwertige Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Lehrstellen und Steuereinnahmen. Die Kammern fordern die Kommunen auf, für einen bedarfsgerechten Ausbau der Industrie- und Gewerbeflächen zu sorgen, der angebotsorientiert zu erfolgen hat.

Interkommunale Kooperationen sind, gerade wenn es um größere Ansiedlungsflächen geht, in vielen Fällen eine sinnvolle Option und dürfen nicht gescheut werden – der Industriepark Region Trier kann hier als sehr erfolgreiches Beispiel dienen. Aktuell diskutierte Projekte wie der Ausweis eines neuen Gewerbegebiets auf dem Kockelsberg in Trier, aber auch andernorts in unserer Region, werden ausdrücklich begrüßt und unterstützt.



Treffpunkt im Grünen: So soll der künftige Quartiersplatz im Gewerbegebiet parQ54 in Trier-Euren aussehen.

IX. Kommunale Steuer- und Abgabenlast wirksam begrenzen



Zur finanziellen Entlastung der Unternehmen gibt es konkrete Forderungen.

Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten, in denen viele Unternehmen große Mühe haben, die Erträge zu erwirtschaften, die sie für eine nachhaltige betriebliche Investitionsstrategie benötigen, kommt der (kommunalen) Steuer- und Abgabenlast eine besondere Bedeutung als Standortfaktor zu. Zahlreiche der hiesigen Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit die Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer B – teils deutlich – angehoben.

Keine weiteren Erhöhungen bei Gewerbe- und Grundsteuer

In Folge der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs kam es 2023 abermals zu einem nahezu flächendeckenden Anstieg der Kommunalsteuern. Die Belastungsgrenze der Unternehmen ist erreicht, und die Standortattraktivität leidet. Daher sind weitere Erhöhungen der Kommunalsteuern kein geeignetes Mittel, um einen Haushaltsausgleich herbeizuführen. Anhebungen der Hebesätze in den kommenden Jahren haben zu unterbleiben. Vielmehr sollten sie gesenkt werden, sobald dies haushalterisch vertretbar ist.

Zudem werden im Zuge der Grundsteuerreform aufgrund der vorgenommenen Neubewertungen weitere Erhöhungen der Grundsteuerzahlungen befürchtet. Diese müssen jedoch unbedingt unterbleiben, zumal seitens der Politik Aufkommensneutralität zugesagt wurde. Die vorherrschende Steuer-Verteilungsdiskussion muss einer dominierenden Entstehungsdiskussion weichen, um eine klare Fokussierung auf eine regionale Wirtschaftsförderung unter Einbezug von Leistungsorientierung zu erreichen.

Gewerbesteuer grundsätzlich auf den Prüfstand stellen

Gewerbliche Unternehmen sind nur eine unter mehreren Nutzergruppen kommunaler Infrastruktur und Dienstleistungen. Um die Sicherung der Kommunalfinanzen nicht einseitig den Gewerbetreibenden aufzubürden, sollte ernsthaft geprüft werden, die Gewerbesteuer durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen. Dies wäre Nutzungsgerecht, würde das Band zwischen Kommune einerseits und Bürgern sowie allen wirtschaftlich Tätigen andererseits enger knüpfen und damit die Anreize für ein sparsames und verantwortungsvolles kommunales Wirtschaften stärken.

Haushaltskonsolidierung voranbringen

Die hiesigen Städte und Gemeinden sind aufgefordert, alle – insbesondere konsumtiven – Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und zu priorisieren, um einen Haushaltsausgleich herbeizuführen. Zugleich sind Bund und Land in der Pflicht sicherzustellen, dass den Kommunen ausreichend Mittel zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben, für notwendige investive Maßnahmen und auch für freiwillige Leistungen, die die Wirtschaftskraft stärken, zur Verfügung stehen.

Das Konnexitätsprinzip „wer bestellt, bezahlt“ ist konsequent anzuwenden. Entlastende Effekte können auch durch neue beziehungsweise engere interkommunale Kooperationsbeziehungen entstehen, da sich durch Eliminierung von Doppelarbeiten und Doppelstrukturen Effizienzgewinne realisieren lassen.

X. Zehn zentrale Forderungen für einen starken Wirtschaftsstandort Region Trier

- Umgehende Sanierung und Ausbau der Infrastruktur bei zentralen Projekten im Verkehrsbereich (z.B. A1-Lückenschluss, Westumfahrung Trier, Ehranger Brücke) sowie Infrastrukturausbau bei Digital-, Mobilfunk- und Energienetzen.
- Angebotsorientierter Ausweis zusammenhängender Gewerbe- und Industrieflächen mit guter Verkehrsanbindung. Nutzung interkommunaler Kooperationen, um ein regional attraktives Flächenangebot zu realisieren.
- Duale Ausbildung durch die dauerhafte Sicherstellung einer digital angemessenen Raum-, Sach- und Personalausstattung der Schulen zum Premiumprodukt entwickeln und durch smarte verkehrliche On-Demand-Lösungen auch im ländlichen Raum sichern.
- Multifunktionale Innenstädte durch Digitalisierung, Stadtentwicklungskonzepte, professionelles Citymarketing, städtebauliche Investitionen und zentrierorientierte Einzelhandelsansiedlungen schaffen.
- Kommunale Haushalte durch Ausgabenpriorisierung und unter Verzicht auf Erhöhungen von Steuern und Abgaben konsolidieren.
- Mittels einer durchgängigen Digitalisierung der (Kommunal-)Verwaltungen Bürokratie abbauen und Genehmigungsprozesse beschleunigen.
- Komplexe Genehmigungsverfahren durch einheitliche Ansprechpartner mit Ermöglicher-Haltung und Runde Tische auf der Verwaltungsseite aktiv voranbringen.
- Öffentliche Investitionen in die touristische Infrastruktur auf hohem Niveau verstetigen und hierbei einen Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeitsthematik legen.
- Mobilitäts- und Antriebswende durch einen forcierten Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie Investitionen in das Radwegenetz und den ÖPNV unterstützen.
- Durch regelmäßige Austauschformate und gemeinsames Handeln die Kooperation zwischen den relevanten Akteuren in der (Groß-)Region vertiefen und Impulse zur Stärkung der Standortattraktivität setzen.



Handwerkskammer
Trier